

Ukrainische Flüchtlinge in Beschäftigung bringen – Arbeitsmarktzugang erleichtern und Transferleistungen absenken

Die Beschäftigungsquote ukrainischer Flüchtlinge in Deutschland erreicht nicht die Höhe anderer europäischen Staaten, und vor allem dauert die Arbeitsmarktintegration bei uns wesentlich länger. Für die Ukrainer böte eine höhere Erwerbsbeteiligung bessere Voraussetzungen für die Integration in unsere Gesellschaft. Gleichzeitig profitierten auch Wirtschaft, Gesellschaft und öffentliche Haushalte enorm, wenn mehr Ukrainer mit ihrem überdurchschnittlichen Bildungsniveau als Arbeitnehmer dringende Jobs übernehmen und Steuern sowie Sozialabgaben leisteten statt Bürgergeld zu beziehen. Umso nachdrücklicher empfiehlt der Wirtschaftsrat Maßnahmen, die einerseits die Beschäftigung von Ukrainern fördern, indem Hürden abgebaut werden, sie andererseits aber auch fordern, indem Sozialtransfers verringert werden.

Eine Selbstverständlichkeit ist die Solidarität mit den Ukrainern in ihrem tapferen Verteidigungskampf gegen die brutalen russischen Invasoren. Letztlich hält die Ukraine damit auch die antiwestliche, despotische, aggressive Terrormacht Russland auf Distanz zu Mitteleuropa. Neben diplomatischen Anstrengungen auf internationalem Parkett, Waffenhilfe und finanzieller Unterstützung gehört auch die Aufnahme der über eine Million ukrainischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik zur Unterstützung. Im Interesse der Ukrainer selbst wie auch im Interesse unseres Gemeinwesens sollte ihr Aufenthalt bei uns möglichst effizient auf eine Beschäftigung ausgerichtet sein. Dabei gibt es jedoch erhebliche Defizite.

Ukrainer in Deutschland – Zahlen und Fakten

In Deutschland leben über **1,2 Millionen Ukrainer**, hauptsächlich als Kriegsflüchtlinge seit 2022. Damit ist Deutschland der Staat, der die meisten Ukrainer aufgenommen hat. **Rund 63 Prozent** der Geflüchteten sind **weiblich, 37 Prozent männlich**, mit einem großen Anteil an Kindern und Jugendlichen.

Etwa **300.000 Ukrainer** sind inzwischen **beschäftigt**, darunter ca. 245.000 sozialversicherungspflichtig, oft in Bereichen mit Fachkräftemangel wie Industrie, Handel, Gastronomie und Gesundheitswesen. Viele Ukrainer arbeiten auch in einfachen Tätigkeiten, unterhalb ihres eigentlichen Qualifikationsniveaus, da Qualifikationsanerkennung und Sprachkenntnisse Hürden darstellen.

Die **Erwerbsquote von Ukrainern** in Deutschland steigt mit deren Aufenthaltsdauer deutlich an: Von **16 Prozent im Sommer 2022** laut einer BiB-Studie bis zum **Frühsommer 2025** auf über 50 % (**insgesamt 51 Prozent**; 50 Prozent bei Frauen, 57 Prozent bei Männern) **für zwischen Februar und Mai 2022 angekommene Ukrainer**.

Wesentlich schlechter sieht die Situation aus, wenn nicht nur die erste Gruppe der bis Sommer 2022 zu uns gekommenen ukrainischen Flüchtlinge betrachtet wird, sondern sämtliche. **Insgesamt bezogen Mitte 2025 rund 673.000 Ukrainer Bürgergeld, davon gut 450.000 erwerbsfähig**. Insgesamt übersteigt die Zahl der erwerbsfähigen ukrainischen Bürgergeldempfänger die der erwerbstätigen Ukrainer um rund 50 Prozent. **Damit dauert**

der Prozess der Integration von Ukrainern in Beschäftigung wesentlich länger als in anderen Staaten und erreicht selbst nach drei Jahren noch bei weitem nicht das Niveau, auf das Ukrainer in Nachbarstaaten der Bundesrepublik binnen weniger Monate kommen.

Arbeitsmotivation stärken

Umso mehr gilt es, von unseren erfolgreicher Nachbarn zu lernen, beispielsweise von Polen und Tschechien, insbesondere aber von den Niederlanden und Dänemark mit ihrer eher vergleichbaren sozialstaatlichen Tradition. Im Vergleich sticht ins Auge, dass Deutschland die ukrainischen Flüchtlinge bei ihrer Ankunft **statt auf Arbeitsmöglichkeiten zunächst einmal auf Integrationskurse verweist**. Diese werden mit Bürgergeldleistungen versüßt, die viele ukrainische Gehälter übersteigen. Nach Abschluss der Integrationskurse gelingt dann der Einstieg in Beschäftigung weniger rasch als erhofft. Eine zwischenzeitliche Gewöhnung an die hohen deutschen Sozialtransfers dürfte hier bei vielen, ursprünglich arbeitsmotivierten Flüchtlingen eine Rolle spielen.

Ebenso, wie der Wirtschaftsrat zur Stärkung der Arbeitsmotivation für Einheimische niedrigere Transfersätze fordert, gilt dies auch für die ukrainischen Flüchtlinge: Solange sich eine allgemeine Zurücknahme der Bürgergeldsätze auf das Niveau des Arbeitslosengeldes II von 2022 nicht durchsetzen lässt, fordern wir, die **Sozialtransfers für ukrainische Flüchtlinge auf die Asylbewerberleistungen abzusenken**. Das entsprechende Vorhaben der Bundesregierung ist daher schnellstmöglich und für eine möglichst große Gruppe umzusetzen.

Beschäftigungshürden abbauen

Neben dem Fordern spielt das Fördern einer Arbeitsaufnahme die entscheidende Rolle: Statt die ukrainischen Flüchtlinge erst einmal in zeitraubenden Integrationskursen mit Bürgergeldbezug „zu parken“, **sollten sie gleich zu Beginn auf Arbeitsmöglichkeiten hingewiesen werden**, gerne auch bei Zeitarbeitsunternehmen, die maßgeblich für das Jobwunder bei den ukrainischen Flüchtlingen in den Niederlanden sind. Integrationskurse könnten dann begleitend zur Arbeit stattfinden, aber nicht mehr anstelle von Arbeit.

Gleichzeitig müssen die enormen bürokratischen Hürden auf dem Weg zur Arbeit abgebaut werden. So erleben viele Ukrainer den Weg auf den deutschen Arbeitsmarkt als extrem bürokratisch. Unsere Nachbarn zeigen, wie es besser geht. Polen wie auch Tschechien ermöglichen es den Flüchtlingen, den gesamten Prozess der Aufnahme – vom Rechtsstatus bis zur Arbeitserlaubnis – in einem sogenannten One-Stop-Verfahren in einem einzigen Schritt zu absolvieren. Während sich Ukrainer in den Niederlanden nur bei der Gemeinde anzumelden brauchen und dort direkt den Hinweis auf Zeitarbeitsfirmen erhalten, müssen sie in der Bundesrepublik zunächst einen mehrstufigen Prozess durchlaufen.

Zudem müssen verschiedene Beschäftigungsverbote ganz beseitigt werden: Warum dürfen ukrainische Krankenschwestern oder Ärzte, die eigentlich händeringend benötigt werden, in ihren Berufen nicht arbeiten, obwohl es genug russischsprachige Patienten zu betreuen gibt? Parallel zur Arbeit könnten sie doch schrittweise Deutsch lernen. Warum können ukrainische Lehrerinnen, die noch dabei sind, Deutschkenntnisse zu erwerben, nicht bundesweit

eingestellt werden, zunächst zumindest für den Unterricht ukrainischer Schüler? Und warum darf sich eine ukrainische Konditorin nicht bei uns selbstständig machen, bloß, weil sie erst dabei ist, Deutsch zu lernen?

Das bürokratische Dickicht auf dem Weg zur Selbständigkeit, das bereits für Deutsche schwer überwindbar ist, erweist sich für viele gerade angekommene Flüchtlinge als schier unbezwingbar. Der beeindruckende Zug ukrainischer Flüchtlinge zur Selbständigkeit in Polen bleibt bei uns deshalb leider im Bürokratiesumpf stecken. Die dringende Arbeitsmarktintegration ukrainischer Flüchtlinge sollte ein weiterer Anlass sein, **Unternehmensgründungen massiv zu erleichtern**.

Es hat seine Gründe, weshalb die Beschäftigungsquote ukrainischer Flüchtlinge in Deutschland so viel niedriger ist als in unseren Nachbarstaaten. **Die Politik muss unverzüglich handeln. Mehr Fördern – durch den direkten Weg in den Arbeitsmarkt – und mehr Fordern – durch die rasche Umsetzung der geplanten Absenkung der Transferzahlungen auf das Niveau der Asylbewerberleistungen – sind hierfür die entscheidenden Schlüssel.**

Berlin, Dezember 2025